

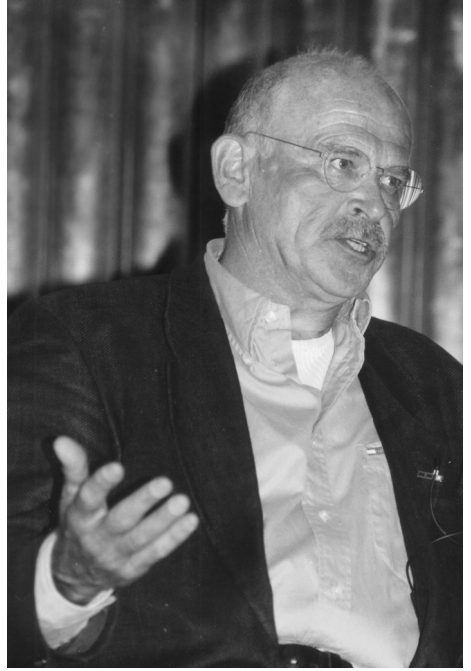
Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
VIII / 2001

## Friedenspolitik und Friedensforschung

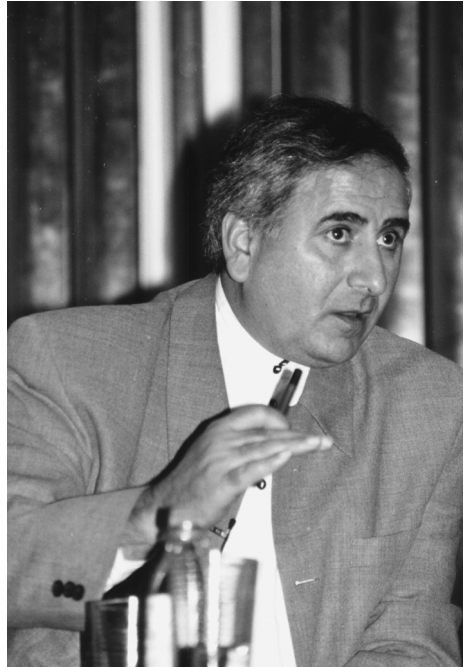
- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2000
- MUSICA PRO PACE 2000
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG  
Anlässlich der Gründung der  
Deutschen Stiftung Friedensforschung  
in Osnabrück

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Günter Wallraff



Mehmed Uzun

## Demokratie in der Türkei – Gleiche Rechte für die Kurden

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 1. November 2000

*Günter Wallraff*

Schriftsteller und Publizist, Köln

*Mehmed Uzun*

Literaturwissenschaftler und Publizist,  
Stockholm

*Ömer Erzeren*

Journalist und Publizist, Berlin  
(Gesprächsleitung)

*I. Einführung von Ömer Erzeren* — Beginnen wir mit dem herrschenden Diskurs in der Türkei: Wie würden Repräsentanten des türkischen Staates auf unser Thema, auf den Titel unserer Diskussion reagieren? – Sie würden fragen: Was wollt ihr? Demokratie? Die gibt es in der Türkei! Der Staat ist eine parlamentarische Demokratie; es gibt freie Wahlen, es *gibt* gleiche Rechte für die Kurden. Sie haben doch die gleichen staatsbürgerlichen Rechte, erhalten einen Personalausweis, erhalten einen Pass. Die Kurden *sind* in das gesellschaftliche Leben in der Türkei integriert!

Auch würden die staatlichen Repräsentanten sagen: Die Kurden sind im Parlament vertreten; ein Drittel der Parlamentarier, der Abgeordneten in der türkischen Nationalversammlung, sind Kurden. Es gibt Kurden als Minister; ja, wir hatten selbst Kurden als Ministerpräsidenten.

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit, und diese ist in ihrer politischen Wirkung sehr verhängnisvoll. Kontrastieren wir dies mit der Situation in den achtziger und neunziger Jahren: Wir haben die Schrecken dieser Jahre vor Augen, die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der PKK und der türkischen Armee, in deren Zuge rund 30.000 Menschen gestorben sind. Wir haben Hunderttausende Menschen, Hunderttausende Kurden, die aus den Dörfern vertrieben wurden. Wir haben die Todesschwadronen, denen kurdische Oppositionelle, Regimekritiker zum Opfer fielen und die für Tausende von Morden verantwortlich sind. Und wir haben die Verfolgung von Intellektuellen, von Menschen, die sagten, so könne man mit der kurdischen Frage nicht umgehen.

Wie erklärt sich diese Parallelität der Gewährung formaler, staatsbürgerlicher Rechte auf der einen Seite, während andererseits besonders in den

beiden letzten Jahrzehnten so schrecklich grausam mit den Kurden umgegangen wurde? Nur ein Hinweis dazu: Vieles hat mit dem Umstrukturierungsprozess zu Anfang des 20. Jahrhunderts zu tun, mit der Transformation vom osmanischen Vielvölkerstaat hin zum bürgerlichen Nationalstaat, der ethnisch einheitlich »türkisch« definiert wurde. Dementsprechend war ein »guter Kurde« nur derjenige Kurde, der sich assimilierte und sich dem Türkischen fügte – nebenbei eine interessante Parallele zum gegenwärtig in Deutschland in den Medien und an den Stammtischen herumgeisternden Begriff der »Leitkultur«.

Die geforderte Anpassung und Unterwerfung unter die damalige »Leitkultur« in der Türkei bescherte vieles von dem Leid und Elend, mit dem wir es heute zu tun haben. Dieser Konflikt war und ist kein regionaler Einzelfall; wir finden solche Konflikte, die aus der Nicht-Akzeptanz und Verweigerung religiöser und ethnischer Identität entstanden sind, nicht nur in Nordirland, nicht nur auf dem Balkan oder in Ruanda, sondern auch durchaus in Ländern, die sich der »ersten Welt« zuordnen.

*II. Statement von Günter Wallraff* – Ich will mit einigen konkreten Beispielen verdeutlichen, was Ömer Erzeren angesprochen hat. Ich fühle mich den hier lebenden türkischen Bürgern, die inzwischen z.T. auch Deutsche sind, nahestehend durch meine zwei Jahre als türkischer Arbeiter. Ich fühle mich auch in der Pflicht, nach wie vor hier ihre Interessen zu vertreten. Und dennoch nehme ich mir, wenn ich in der Türkei zu meinen Freunden reise, das Recht, den gleichen kritischen Blick beizubehalten und mir nicht »in die Tasche zu lügen«. So kommt es, dass ich zur Zeit »zwischen den Stühlen« sitze: Von der nationalistischen türkischen Presse werde ich als Kurdenfreund und PKK-Sympathisant bezeichnet, während andererseits PKK-Schriften, die ein hasserfülltes Feindbild aufbauen, mich als türkischen Agenten beschimpfen.

Die jahrzehntelange gewalttätige Assimilierungs- und Unterdrückungsstrategie des türkischen Militärs hat erreicht, dass es in den kurdischen Regionen kaum mehr eine Ortschaft gibt, die keine Opfer zu beklagen hat. Der bedeutendste türkische lebende Dichter, *Ya ar Kemal*, der selber wegen »Separatismus« angeklagt und verurteilt wurde, stellte kürzlich fest:

»Nach Ansicht des türkischen Staates ist es so, dass alle Menschen, die zwischen sieben und siebzig Jahren alt sind und in den kurdischen Gebieten leben, als Terroristen gelten müssen. Das ist für mich so etwas wie eine indirekt verhängte Todesstrafe. Seit mehreren Jahren gibt es zum Beispiel ein Nahrungs-Embargo gegen die Kurden im Osten der Türkei. Großfamilien wird von staatlichen Stellen auch noch der eine Sack Mehl, den sie haben, zur Hälfte weggenommen. Der Grund: Damit sie nicht die wahren Terroris-

ten unterstützen. Viele Menschen hungern. Selbst Nussbäume werden gefällt, und das Vieh wird ausgerottet.«

Bereits im Schulunterricht werden in der Türkei die fast dreitausendjährige kurdische Identität, Sprache und Kultur geleugnet und systematisch verächtlich gemacht, bis hin zu den abstrusesten Geschichtsfälschungen: da werden die schätzungsweise zwölf bis fünfzehn Millionen in der Türkei lebenden Kurden zu halbwilden, unzivilisierten »Bergtürken« abgestempelt. In Schulbüchern wird behauptet, das Wort »Kurde« sei von dem Geräusch »krrr« abgeleitet, das entstehe, wenn man auf dem Schnee läuft, und im Übrigen sei wissenschaftlich erwiesen, dass die Kurden ohnehin von den Türken abstammen.

Seit der Staatsgründung im Jahre 1923 durch *Mustafa Kemal*, den *Atatürk* (Vater der Türken), wird die Türkei als eine »einheitliche und unteilbare Nation« deklariert. Dabei gehören dem Vielvölkerstaat so unterschiedliche Kulturen an wie Armenier und Aramäer, Tscherkessen und Lasen, Griechen und Araber, von denen einige bereits vertrieben worden sind.

Im Übrigen besteht eine Gemeinsamkeit zwischen Kurden und Türken: traurigerweise beim Genozid, dem Völkermord an den Armeniern. Das ist heute ein absolutes Tabuthema in der Türkei, daran wird nicht gerührt. Nur wenige, einzelne Intellektuelle, benennen es. Es sind zwischen 600.000 und 1,5 Millionen Armenier, die dort ausgerottet wurden und die Kurden waren daran beteiligt.

Anfang der dreißiger Jahre ließ Mustafa Kemal, der *Atatürk*, wissenschaftlich unter Beweis stellen, dass »die Türken von den grauen Wölfen in Zentralasien abstammten und der arischen Rasse angehörten«. Bis heute wird den Kindern in den Lehrbüchern eingepflegt, dass die Türken »unbesiegbare und tapferste Helden einer großartigen Nation mit edlem Blut« sind, und der heroisch selbstgenügsame Slogan besagt: »Das türkische Volk hat keine anderen Freunde als die Türken«. Die nationalistischen Phrasen gipfeln im angeblich besonderen »Glück, sich Türke nennen zu dürfen« (*Atatürk*) – bis heute in allen Schulen der Türkei als Glaubensbekenntnis gelehrt sowie als Provokation und zur Demütigung der kurdischen Bevölkerung mit weißbemalten Steinen in deren Landschaften und Berghänge gepflastert.

Eine kurdische Lehrerin und Mitglied der Lehrgewerkschaft schilderte mir während eines Besuchs in den kurdischen Gebieten die Situation in den Schulen der kurdischsprachigen Bevölkerung:

»Türkische Lehrer werden in die kurdischen Gebiete versetzt, um eine Assimilierungspolitik zu betreiben. Den Kindern wird vermittelt, dass sie sich schämen sollen, Kurden zu sein, denn die türkische Rasse ist die Mutter aller Rassen. So werden Kinder gegen ihre Eltern aufgehetzt und zur Denun-

ziation von Mitschülern angehalten. Wir Lehrer werden gezwungen, den Kindern mit dem Stock die türkische Sprache beizubringen, und wenn wir uns weigern, müssen wir mit Repressalien rechnen. Die kurdischen Schüler und Studenten, die es zu etwas gebracht haben, die einen Universitätsabschluss haben, haben keinerlei Chancen, irgendwelche Stellungen zu übernehmen, solange sie sich als Kurden bekennen. Kurdische Lehrer, die versuchen, kurdischen Kindern ihre eigene Kultur nahe zu bringen, werden entlassen oder auch ermordet.«

Der Verwaltungschef für die kurdischen Gebiete hat 242 kurdische Musikkassetten verboten. Dies passiert im Jahre 2000 in einem Land, das Beitrittskandidat für die EU und Mitgliedsland der ›Wertegemeinschaften‹ des Europarates, der OSZE und NATO ist. Laut offizieller Angaben der Armee wurden bisher 3.000 Dörfer von ihnen zerstört und zwangsweise evakuiert unter dem Vorwand, »die Guerilla zu vernichten«. Mindestens drei Millionen Menschen sind in der Türkei auf der Flucht. Der Verdacht reicht aus, dass in einer Gemeinde oder Ortschaft die PKK mit Lebensmitteln versorgt oder ein Widerstandskämpfer versteckt wurde, um die Ortschaft zu bombardieren, niederzubrennen und unbewohnbar zu machen.

Die ständig wachsenden Kriegskosten werden selbst von den offiziellen türkischen Stellen mit zehn bis zwölf Milliarden Dollar im Jahr angegeben, dies sind fast 40 Prozent des Gesamtetats. Etwa ein Drittel der türkischen Armee, übrigens nach den USA die zahlenmäßig zweitstärkste innerhalb der NATO und die sechstgrößte Armee der Welt, ist zur Unterdrückung und Vertreibung der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei stationiert.

Die Türkei, offiziell eine parlamentarische Demokratie, wird, auch ohne vierten Militärputsch, wesentlich und eigentlich von den Militärs regiert. Ich habe mir deshalb erlaubt, diese Staatsform mit dem Begriff »*Militärdemokratie*« kenntlich zu machen. Wer Terrorist ist, bestimmt, oft erst im Nachhinein, das Militär. Es kann ein harmloser Schafhirte sein, der vom Helikopter aus abgeknallt, oder jemand, der aufgrund einer Verwechslung aus dem Hinterhalt erschossen wurde. Oder man braucht mal wieder eine Erfolgsmeldung und erschießt in einem Dorf wahllos Bewohner. Hinterher legt man Waffen neben die Leichen, das staatliche Fernsehen wird zum Tatort beordert, und die Siegesmeldung in den Abendnachrichten lautet in solchen Fällen stereotyp: »in einem Gefecht mit den Sicherheitskräften PKK-Terrorist(en) tot gefangen genommen!« Dass »Tote gefangen genommen« werden können, ist auch so eine der makabren Spracherfindungen dieses durchmilitarisierten Staates.

Kriegsdienstverweigerung wird in der Türkei wie ein schweres Verbrechen geahndet. Langjährige Haftstrafen und Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts bis hin zur anschließenden Aberkennung der Staatsangehö-

rigkeit sollen davon abschrecken. Und dennoch verweigern oder desertieren immer mehr Jugendliche. Die Todesstrafe wird in der Türkei zwar noch durch Gerichtsurteil ausgesprochen, aber seit 1984 nicht mehr vollstreckt. Dafür ist laut *amnesty international* die Zahl der in der Türkei begangenen »nicht aufgeklärten Morde« seit 1990 auf weit über 5.000 angestiegen. Von den Mördern ist bisher kein einziger verhaftet worden. Die über 5.000 ermordeten Menschen hatten eines gemeinsam: Sie waren alle Oppositionelle, die meisten von ihnen Kurden, darunter Rechtsanwälte, Abgeordnete, einflussreiche Geschäftsleute, Journalisten und Schriftsteller. *amnesty international* berichtet, dass bereits seit den achtziger Jahren in der Türkei diese Fälle von »Verschwindenlassen« vorgekommen sind und in den neunziger Jahren immer bedrohlichere Ausmaße angenommen haben.

Dagegen haben, wie auch in Chile und Argentinien, »Samstagsmütter« regelmäßig demonstriert. Sie waren selber Verfolgungen ausgesetzt, sie wurden geschlagen, sie wurden in Verhören drangsaliert, und sie haben seit einem halben Jahr aufgegeben, weil ihre eigene Sicherheit nicht mehr gewährleistet war.

In den letzten Jahren sind in der Türkei zahlreiche Beweise veröffentlicht worden, die belegen, dass der Staat selbst diese »Todesschwadronen« unterhält und finanziert: jene »unbekannten Täter«, denen nach offiziellen Angaben in den letzten zehn Jahren Tausende Menschen durch Exekution oder Verschleppung zum Opfer gefallen sind – 2.040 allein im Jahre 1995.

Es wurde aufgedeckt, dass der »Nationale Sicherheitsrat« die Hauptverantwortung trägt – ein Gremium, dem neben dem Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten die Chefs der Geheimdienste und Mitglieder des Generalstabes und des so genannten »Büros für spezielle Kriegführung« angehören. Dieses »Büro« wiederum ist das eigentliche Leitzentrum für die Todesschwadronen.

Der »Nationale Sicherheitsrat« schwebt über allen Institutionen des Staates, ist damit unkontrollierbar und steht über, vielmehr jenseits von Recht und Gesetz. Als die frühere Ministerpräsidentin *Çiller* der Unterschlagung in Millionenhöhe aus einem so genannten »verdeckten Budget« beschuldigt wurde, verteidigte und offenbarte sie sich mit der Äußerung: »Wenn ich preisgebe, was wir mit dem Geld aus dem verdeckten Budget alles gemacht haben, dann bricht die Hölle los; es würde zu Kriegen zwischen Ländern kommen. Ich sterbe eher, als heilige Staatsgeheimnisse zu verraten.«

Folter ist systematische staatliche Politik und weit verbreitete Praxis. Sie geschieht systematisch und mit politischer Unterstützung; sie ist politisch gewollt! Folterer werden vom Staat gedeckt! »Abgeschobene Asylbewerber, die als Kurden oder als Angehörige linker Gruppen erkannt werden, müssen bei ihrer Einreise mit der Möglichkeit der Folter rechnen«, so das Resümee einer Delegation bestehend aus Kirchenvertretern, »Pro Asyl« und dem ehe-

maligen Innenminister von Nordrhein-Westfalen, *Herbert Schnoor*, nach einer Türkeireise.

Die Folter ist, laut neuester Berichte von *amnesty international*, nach wie vor eine tragende Säule türkischer Politik. In den Polizeistationen des Landes – davon konnte ich mich selbst überzeugen – gibt es serienmäßig hergestellte schwarze Augenbinden, die den Gefangenen, darunter auch Kinder, bei den Verhören umgebunden werden, damit sie ihre Peiniger später nicht identifizieren können. Bis heute werden neue Folterfälle aus verschiedenen Gegenden der Türkei bekannt, am häufigsten jedoch aus den kurdischen Landesteilen des Südostens.

Ya ar Kemal hat das Gefängnis einmal »die Schule der türkischen Gegenwartsliteratur« genannt und sein Kollege *Aziz Nesin*, ebenfalls jahrelang eingesperrt, berief sich darauf, dass jeder anständige türkische Schriftsteller seiner Generation inhaftiert und ständigen Bedrohungen und Verfolgungen ausgesetzt war. Da, wo keinerlei demokratische Veränderungsmöglichkeit zugelassen und jede kulturelle und politische Selbstartikulation mit Terror im Keim erstickt wurde, gehen Menschen in den Widerstand – auch in den bewaffneten. Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit schlagen gerade bei jungen Menschen, die von Idealismus und Gerechtigkeitsempfinden durchdrungen sind, leicht in Aufopferungsbereitschaft und heroische Todessehnsucht um. In vielem scheint mir die PKK *Öcalans* Resultat, Produkt und Konsequenz der jahrzehntelangen Verfolgungs- und Vernichtungsstrategie der türkischen *Militärdemokratie* gegen die kurdische Bevölkerung zu sein.

Wie in einem System kommunizierender Röhren verhielt sich die PKK mit ihren Terroraktionen zu den Massakern der türkischen Sondereinheiten und Todesschwadronen. Über 30.000 Menschen fielen diesem Krieg zum Opfer; Tausende sitzen wegen Mitgliedschaft in der PKK im Gefängnis. Mindestens ebenso viele kurdische Zivilisten wurden Opfer des Militärs, aber auch der PKK, die nicht davor zurückschreckte, bei der Jagd auf »Dorfschützer« deren Familien und Kinder zu ermorden.

Durch eine beispiellose Mordserie gegen parteiinterne Kritiker hatte auch der PKK-Chef (wörtliches Zitat: »Was bedeutet schon ein Menschenleben, wenn eine Nation massakriert wird«) seit Mitte der achtziger Jahre seine Macht abgesichert. Allein fünfzig Gründungsmitglieder ließ er umbringen und unzählige PKK-Kämpfer »wegen Abweichens von der Linie der Führung standrechtlich erschießen«. Zuletzt noch wurde in Köln ein ehemaliger PKK-Funktionär von einem Todeskommando heimgesucht: *S. Celik*, der interne Kritik übte und sagte, wir müssen das aufarbeiten, wir können diesen Führerkult nicht mehr aufrechterhalten, und der eine Liste von 3.000 PKK-Mitgliedern, die auf Befehl *Öcalans* ermordet wurden, intern vorgelegt hatte. Er überlebte nur durch großes Glück und erstattete dennoch keine Anzeige, entweder aus falsch verstandener Loyalität oder auch aus Angst.



Denn der von Gott begnadete Führer, dessen Gefolgschaft, wie er glaubt, »in einer göttlichen Verbindung« zu ihm stehe, duldet niemanden neben, geschweige denn über sich. Originalton Öcalan:

»Ohne mich kann es kein Volk geben. Einige mögen das übertrieben finden, aber es ist die Wahrheit... Manchmal vergleiche ich die Entstehung des Islam mit der Entstehung der PKK... Es wird keinen zweiten Mann geben, auch nicht nach meinem Tod. Ihr könnt sagen, dass die PKK mit mir begann und mit mir zu Ende gehen wird. Einige sagen, dass ich der Theorie von *Nietzsche* vom Übermenschen nahe stehe. Ich habe nicht viel darüber gelesen. Aber ich akzeptiere keine vergnügungssüchtigen, hässlichen Menschen. Ihr seid äußerst verkommen, ärmlich und zu nichts anderem in der Lage, als euch erschießen zu lassen«.

Auf einem der PKK-Kongresse – das wurde auch in einem Mitteilungsblatt veröffentlicht – verkündete der große Führer unter großem Beifall seiner Anhänger 1995: »Mich selber kann ich als absolut fehlerlos bezeichnen!« Dies sagt der gleiche Führer, der eine Liebesbeziehung zwischen Mann und Frau in der PKK – sich selbst dabei ausgenommen – mit »Agententum« gleichsetzt und Heirat verbietet, denn das lenke vom Kampf ab.

Ich frage mich, wie es dazu kommt, dass denkende Menschen, auch Intellektuelle darunter, sich einer solchen ›Politsekte‹ unterworfen haben. Das Tragische ist, dass dieser selbsternannte Führer Öcalan, aus dem langjährigen syrischen Exil – wo er die Rolle eines Söldners übernommen hatte – kommend, eine ursprünglich legitime Befreiungsbewegung zur Politsekte deformiert hat. Immer mehr Mitglieder, auch Führungskader, wissen dies, gestehen es ein und ziehen sich in eine Art innere Emigration zurück. Wenn sie nicht aus Angst um ihr Leben schweigen, dann deshalb, »um dem Gegner nicht in die Hände zu spielen«. Nur in den allerseltensten Fällen treten sie an die Öffentlichkeit.

Eines scheint sicher: Unter der Vorherrschaft des jetzigen Kurdenführers und mit einer Parteistruktur, die allen Mitgliedern Selbstaufgabe und bedingungslosen Kadavergehorsam abverlangt, wird sich keine freie kurdische Gesellschaft aufbauen lassen. Immer wieder bekomme ich von kurdischen Intellektuellen, aus Angst vor Repressalien und/oder auch aus politisch-taktischen Erwägungen meist hinter vorgehaltener Hand zu hören: »Lieber kein freies Kurdistan als eines unter der Vor- oder Alleinherrschaft *dieser* PKK«. Diese würde politische Morde und Säuberungsaktionen gegen Abweichler und politische Gegner zur Regel machen. Die jetzige interne Parteidiktatur würde sich dann über die gesamte kurdische Gesellschaft stützen, und *Pol Pot* ließe grüßen.

Kürzlich hat nun eine etwa dreißig bis fünfzig Mitglieder umfassende Gruppe, die sich von der PKK losgelöst hat, in einer Erklärung so etwas wie Selbstkritik formuliert, die fast schon zu spät kommt. Einen der dort Federführenden, *Selim Cürükkaya*, hatte ich zu Hause versteckt, nachdem er von Öcalan wegen eines von ihm verfassten und von mir herausgegebenen Buches mit dem Tode bedroht worden ist. Diese Erklärung ist in einer Broschüre anonym erschienen, weil die Urheber nach wie vor um ihr Leben fürchten müssen. Ich bin nicht mit allen Positionen einverstanden, möchte aber dennoch daraus zitieren, weil ich glaube, dies könnte zur Bewältigung des Vergangenen beitragen und der Anfang einer neuen, offenen Diskussion, wenn nicht einer neuen demokratischen Bewegung sein:

»An die Öffentlichkeit: Wir sind ein Kreis von Personen, die unser Leben der nationalen Befreiung des kurdischen Volkes gewidmet haben und mit dieser Überzeugung der PKK angehört haben. Aus unterschiedlichen Gründen mussten wir uns von der PKK trennen. Wir verurteilen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen, aus welchem Grund auch immer sie stattfanden. Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugung zu töten, betrachten wir als Mord. Diejenigen, die ihr Leben aufgrund solcher Auseinandersetzungen verloren haben, zählen wir als Gefallene des kurdischen Volkes – egal welcher Seite sie angehört haben [...] Es muss sofort mit der auf eine Person fixierten Geschichtsschreibung aufgehört werden [...] Die Bestrafungsaktionen innerhalb der Organisation sind die Schande der PKK und damit ein Schandfleck der Widerstandsgeschichte. Jeder, der sein Leben verloren hat, weil er die monolithische Leitung Öcalans nicht anerkannt hat, ist ein Gefallener der nationalen Befreiung. Die PKK muss diese Fehler sofort berichtigen und sich bei den Familien und der Gesellschaft wegen dieser Toten entschuldigen. Die diktatorischen Leitungsmethoden, die sich auf gegenseitige Bspitzelung stützten und zu diesen Bestrafungen führten, müssen verurteilt werden. Den brutalen Mord<sup>1</sup> an einem kurdischen Kriegsversehrten und einem kurdischen Mädchen im August 1999 in Bremen verurteilen wir aufs Schärfste.«

---

<sup>1</sup> Dies ist der Fall eines kurdischen Paares, eines Schwerstbeschädigten im Rollstuhl und einer Frau, die eine Beziehung unterhielten. Die PKK, die den Mann zuvor als Vorzeige-Heroen bei Demonstrationen mitgeführt hatte, »verbot« die Verbindung. Das Paar wollte sich nicht trennen und wurde auf bestialische Weise ermordet; GW.

III. *Statement von Mehmed Uzun* — Am 11. Oktober 1999 gaben *Ya ar Kemal, Zülfü Livaneli, Orhan Pamuk, Ahmet Altan* und ich in Istanbul eine Pressekonferenz. Thema waren die demokratischen Bürger- und Menschenrechte der Kurden in der Türkei. Bei der Pressekonferenz wurde eine vorbereitete Deklaration verlesen, die rund sechzig Schriftsteller und Intellektuelle unterzeichnet hatten, unter ihnen *Elie Wiesel, Jose Saramago, Nadine Gordimer, Ingmar Bergmann, Henri Costa-Gavras, Arthur Miller, Jack Lang, Harold Pinter, Maurice Béjart*. Unsere Freunde *Günter Wallraff* und *Günter Grass* gehörten zu den Unterzeichnern aus Deutschland.

Den Sommer 1999 verbrachten wir damit, die Deklaration vorzubereiten und Vorschläge unserer Freunde einzuholen. Nach Beratungen, insbesondere mit *Elie Wiesel, Jack Lang, Georg Henrik von Wright, Arne Ruth, Liv Ullmann, Kerstin Ekman*, den Schriftstellerverbänden und den PEN-Clubs, kamen wir zu dem Schluss, dass die Deklaration grundsätzlichen Charakter haben müsse. Unsere Deklaration würde wahrscheinlich die letzte von Intellektuellen vor Ende des 20. Jahrhunderts veröffentlichte Deklaration zu diesem Thema sein.

Den Erwartungen dieser Gruppe für das nächste Jahrhundert entsprechend, sollten bei der Formulierung der Erklärung folgende Überlegungen zugrunde gelegt werden:

Die Meinungsfreiheit, die Menschenrechte und die kulturellen Rechte der Minderheiten sind keine inneren Angelegenheiten der Nationalstaaten, sondern Fragen, die die ganze Welt angehen. Die Globalisierung hat uns an einen Scheideweg geführt: Die Welt muss sich entscheiden, ob sie die blutigen Traditionen des 20. Jahrhunderts fortsetzen oder Lehren aus der blutigen Tradition ziehen und einen neuen Weg bestimmen will. Was wir wollen, ist natürlich ein neuer Weg, eine neue Strategie.

Die Globalisierung wirkt sich zum einen auf die Gesellschaften aus, die durch Individuen, Gruppen und Kategorien formiert werden, und zum andern auf die internationale Gemeinschaft, die sich aus Staaten zusammensetzt.

*Freiheit, Gleichheit* und *Demokratie* müssen im neuen Jahrhundert die Prinzipien der Gesellschaften und der internationalen Gemeinschaft bilden. Die Gesellschaften müssen zivile, demokratische und offene Gesellschaften sein, die der Gleichheit und Freiheit der Individuen, der Gruppen und gesellschaftlichen Schichten ihre Anerkennung zumessen. Und die internationale Gemeinschaft muss eine freiheitliche internationale Gemeinschaft sein, die die Staaten als Angehörige einer Familie anerkennt und den Frieden, den Dialog und die Demokratie zur Grundlage erklärt.

Dass alle Freunde, die die Deklaration unterzeichneten, insbesondere diese Prinzipien betonten, hat seine Gründe. Endlich lassen wir das blutigste Jahrhundert der Menschheit hinter uns, ein mörderisches Jahrhundert, das zwei

Weltkriege, die in der Geschichte und dem Gewissen der Menschheit tiefe Wunden hinterlassen haben, unzählige regionale Kriege und Bürgerkriege, Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus, die Herrschaft von *Hitler*, *Mussolini*, *Stalin*, *Franco*, *Salazar*, *Saddam* und anderen (um mit den Worten *Thomas Manns* über Hitler zu sprechen) »niederträchtigen Despoten«, die die Welt bedrohten, hervorgebracht hat.

Was auch geschehen möge – im neuen Jahrhundert dürfen wir die trotz der industriellen Entwicklung eingetretenen grausamen und menschenfeindlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht wiederholen. Dialog, Frieden, Gleichheit, Freiheit, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Demokratie und eine offene zivilisierte Gesellschaft sind die Ideen, Erwartungen und Forderungen der Schriftsteller und Künstler, die das Gewissen der Gesellschaften und der Welt bilden, zum neuen Jahrhundert.

Wie wir in unserer Deklaration ebenfalls betonten, ist die Türkei ein Prüfstein dafür, ob die Erwartungen zum neuen Jahrhundert erfüllt werden. Die Türkei hat seit rund einem Jahrhundert, insbesondere nach Gründung der jungen Republik im Jahr 1923, ihr Gesicht dem Westen zugewandt. Die Türkei ist Mitglied der NATO, und die Türkei möchte sich in die westliche Welt integrieren. Andererseits hat die Türkei unzählige Probleme im Bereich der Demokratie, der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und der Rechte von Individuen und Minderheiten. Die Türkei steht ebenso wie die Welt im neuen Jahrhundert an einem Scheideweg: Entweder wird sie mit den Traditionen und Gewohnheiten, die einem demokratischen und zivilisierten Land nicht würdig sind, fortfahren oder sich im Sinne der Erwartungen des neuen Jahrhunderts verändern und zu einem zivilisierten, offenen und demokratischen Land werden.

Ich persönlich wünsche mir, dass die Türkei sich verändert und zu einem zivilisierten und demokratischen Land wird. Aus diesem Grund unterstütze ich den Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Europäische Union sowie ihre Bemühungen, sich der EU anzunähern. Meines Erachtens muss es das Ziel sein, die Türkei von ihrer Schande zu befreien, die Menschenrechte und kulturellen Rechte der Kurden und der anderen religiösen und ethnischen Gruppen zu verwirklichen und die Türkei zu einem gewichtigen Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu machen. Aber ohne Träumen zu verfallen muss man feststellen, dass die Türkei derzeit ernsthafte Probleme hat und dass ernst zu nehmende konservative Kräfte über großen Einfluss verfügen, die ohne Veränderung des Staatsapparates lediglich mit »kosmetischen Veränderungen« die Integration in die EU wünschen. Deshalb täuschen sich diejenigen, die meinen, dass die Türkei mit Leichtigkeit mit der zivilisierten Welt und der EU harmonisiere.

Vielmehr muss man feststellen, dass sich die Türkei unter den Ländern, die die volle Mitgliedschaft in der EU beantragt haben, in der schwierigsten

Situation befindet – noch schwieriger als die der baltischen Länder. Obwohl die Türkei kein östliches Land ist, das die Demokratie nicht kennt, ist sie doch ein Land, dessen Traditionen zwischen Ost und West schwanken. Sie verfügt ebenso über östliche anti-demokratische Traditionen, wie über solche, die dem Westen gegenüber offen sind. Der Staatsaufbau ist zwar nicht totalitär wie die Regimes von Saddam oder den Ayatollahs, weist aber viele anti-demokratische Regeln und Funktionsweisen auf.

Meines Erachtens ist das wichtigste Problem der Türkei die amtliche, seit Gründung der Republik geltende Ideologie. Das Hindernis beim Fortschritt und der Demokratie war immer diese amtliche Ideologie. Sie ist eine schwere Last und wesentliche Ursache dafür, dass die Türkei in wirtschaftlichen und kulturellen Fragen nicht vorankommt.

Wie man weiß, wurde die Türkei auf den Trümmern des Osmanischen Reiches errichtet, aus denen nomadische Stammesführer kleinere Herrschaften gebildet hatten und durch Eroberung expandierten. Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde das multi-religiöse, multi-kulturelle, multi-linguale Osmanische Reich zerstört. An seiner Stelle entstand die Republik, die weite Teile des Reichsterritoriums verloren hatte und der nur Anatolien und ein kleiner Teil von Thrazien verblieb. Die Republik, die im geistigen Klima der Abtrennung, Zerstückelung und Vernichtung gegründet wurde, hat – als sei der multikulturelle Charakter des Osmanischen Reiches Grund für die Zerstückelung – die Uniformiertheit zur amtlichen Ideologie erhoben. Ein Staat, eine Nation, eine Sprache, ein Führer – also der *türkische* Staat, die *türkische* Nation, die *türkische* Sprache und *Atatürk*, der ›Vater der Türken‹, ihr absoluter Führer.

Dabei war der Grund, der das Osmanische Reich in den Krieg führte und zu seiner Auflösung führte, nicht die in Teilen tolerante Auffassung der Osmanen zu den religiösen Gemeinschaften, sondern der *Turkismus*, der von den monopolistischen Auffassungen des Westens stark beeinflusst war. Was den Staat zerstörte, war die Clique der Partei »Einheit und Fortschritt«, die sich aus Bürokraten vornehmlich militärischer Herkunft zusammensetzte, die den Turkismus zum Leitbild erhob und sich durch Konspiration des Staatsapparates bemächtigte. Bei dem Versuch, dem Staat ein neues ideologisches Gesicht zu verpassen, hat »Einheit und Fortschritt« den Staat durch blutige Abenteuer zerstört und das Reich zerstückelt. Trotz dieses Umstandes wurde die amtliche Ideologie des neuen Regimes von Kadern bestimmt, die sich mehrheitlich von Militärs und Bürokraten aus den Reihen dieser Partei zusammensetzten. Im Zentrum stand der Gedanke, auf dem verbliebenen Territorium eine einzige Nation, die türkische, zu schaffen. Der Staat formierte sich in diesem Sinne; in diesem Sinne wurden Gesetze verabschiedet, und das gesellschaftliche und kulturelle Leben wurde nach dem Turkismus ausgerichtet. Es wurde damit begonnen, die Kurden in ihrer Existenz, ihrer Sprache, ihrer Kultur, ihrer Identität und ihrer Geschichte zu verleugnen. Die religiö-

sen Minderheiten, deren Existenz mit dem Friedensvertrag von Lausanne anerkannt wurde, wurden aus dem öffentlichen Leben verdrängt und dazu verurteilt, ein isoliertes Dasein zu führen.

Mit der Schaffung amtlicher Institutionen zu Fragen der Sprache, Geschichte, Kultur und Literatur wurden irrationale Theorien produziert. Mit den Worten *Octavio Paz* wurde ein »ideologischer Staat« geschaffen. Die gefährlichste Staatsform in der modernen Menschheitsgeschichte ist immer dieser »ideologische Staat« gewesen. Bei den ideologischen Staaten, die eine fanatische Staatsideologie begründen, finden wir stets ähnliche charakteristische Eigenschaften. Sie sind ethnozentristisch und egozentrisch; sie hängen einem totalen Gedanken an, ein grober Nationalismus ist der Zement ihrer Ideologie. Sie empfinden stets Misstrauen gegenüber dem »Anderen«, sie verbreiten Vorurteile und Feindschaft, sie sind intolerant gegenüber anderen Stimmen, Auffassungen und Bewegungen. Sie suchen stets nach Feinden um die Gesellschaft im Mobilisierungszustand zu halten; sie pflegen einen kulturellen Chauvinismus, der mit Argumenten aus der »heiligen und glorreichen Geschichte« bespickt ist, und verwandeln die paranoide Angst, »von Feinden umringt« und von »Zerstückelung« bedroht zu sein, in gesellschaftliche Lebenspraxis. Zu ihren unverzichtbaren Grundsätzen gehört es, »zum Krieg bereit« zu sein, Andersdenkende unterdrücken zu müssen und das Land angesichts der Gefahren mit eiserner militärischer Disziplin zu regieren.

Es ist ungeheuer schwer, solche »ideologischen Staaten«, die alle und alles zu einem Teil ihres Systems machen wollen, zu einem zivilisierten, offenen und demokratischen Gemeinwesen fortzuentwickeln. Auch wenn sie nicht vollends im Fahrwasser des Totalitarismus sind, werden in solchen Regimes die Grenzen zwischen offener und geschlossener Gesellschaft, zwischen zivilem und militärischem Regime, zwischen demokratischen und anti-demokratischen Prinzipien oft überschritten. Bestenfalls kommt es vor, dass der Staat, der in einer bestimmten Frage demokratisch ist, in einer anderen Frage anti-demokratischer als ein totalitärer Staat ist. Leider wurde die Türkei mit der von ihr vertretenen amtlichen Ideologie zu einem Staat dieser Kategorie. Die 77jährige moderne Geschichte der Türkischen Republik muss hier nicht mit Beispielen illustriert werden. Einem Prinzip räumte sie immer Vorrang ein: alles und alle mussten türkisiert werden.

Die Zeit verging schnell und als man das Jahr 2000 zählte, war offenkundig: Nicht alles, nicht alle wurden zu Türken. Die moderne Geschichte der Türkei ist zum einen ein gutes Beispiel für die Bestrebungen eines ideologischen Staates zur Erreichung seiner Ziele, zum anderen ein gutes Beispiel für den außerordentlichen Misserfolg dieser Bestrebungen. Die Folge dieser Bestrebungen seit 1923 sind offenkundig: Jene Griechen, Armenier, Assyrer, Araber und Kurden, die seit je in der Ägäis, in Anatolien und Nord-Mesopotamien ansässig waren, konnten nicht türkisiert werden. Als eine Folge der

Politik von Assimilation und Gewalt verringerte sich die Bevölkerungszahl der Minderheiten (außer der der Kurden), doch ihre totale Türkisierung gelang nicht. Auch die Kurden, die seit Jahrtausenden auf diesem Territorium leben, haben der amtlichen Politik, offen oder heimlich, Widerstand entgegengebracht. Nach Angaben der amtlichen Sprecher in der Türkei haben in der Geschichte der Republik die Kurden 28 mal revoltiert. 28 Revolten binnen 77 Jahren. Die Bedeutung dieser Revolten liegt auf der Hand. Die Kurden haben sich nie als reguläre Bürger der Republik begriffen, sie haben sich nicht ins System integriert, sie waren stets gegen die amtliche Ideologie und ihre Politiken.

Auf der anderen Seite bedeuten 28 Revolten auch Folgendes: Blutige Auseinandersetzung, Leid, Tränen, Verbannung, Hinrichtung, Gefängnis, ein nicht-erklärter Kriegszustand, militärische Mobilisierung, anti-demokratische Verhältnisse. Um die Situation bezüglich der Kurden zu vereinfachen, möchte ich folgende Frage stellen: Wenn jemand zu Ihnen sagt: »Du existiert nicht, Du hast keine Identität, keine Geschichte, keine Vergangenheit«, was werden Sie dann tun? Welche Gefühle entwickeln Sie, wenn Ihnen gesagt wird: »Deine Sprache ist keinen Pfifferling wert. Du musst in *meiner* Sprache erzogen werden«? Wie fühlen sich die Menschen, wenn sie ihrem Kind nicht einen Namen in ihrer Sprache geben können? Was machen sie, wenn die Orts- und Regionalnamen, die sie von ihren Vätern und Urvätern gelernt haben, verändert werden, bloß weil sie aus *ihrer* Sprache stammen, und sie stattdessen neue Namen, die kein kulturelles Erbe darstellen, erhalten? Was wird aus ihrem Leben, wenn die Menschen ein Leben lang ideologische Formeln von der Art: »Du bist nicht du. Du gehörst zu uns«, zu hören bekommen und wenn versucht wird, sie in diesem Sinne zu erziehen?

Ich stelle diese Fragen nicht, um die Revolten und blutigen Auseinandersetzungen zu verteidigen, sondern als eine Person, die als Romancier die Gefühle der Kurden aus der Nähe beobachtet, um sie in ihrer Welt darzustellen. Die amtliche Geschichte der Türkischen Republik hat eine Erfahrung der Menschheitsgeschichte in aller Deutlichkeit bestätigt: Die Seele der Menschen lässt sich nicht versklaven; die Menschen können nicht mit Gewalt zu anderen gemacht werden. Sie können zwar Niederlagen erleiden, Fehler machen, sie können verstummen, können in Hoffnungslosigkeit verfallen, aber in der Seele der Menschen ruht ein Licht, das nicht vernichtet werden kann: Das Verlangen nach Freiheit und Gleichheit.

Im Verlauf der Menschheitsgeschichte hat die Menschheit sich wider alle Hindernisse von diesem Licht leiten lassen. So wird sie auch fortfahren. Dies ist die wichtigste Erfahrung der Menschheitsgeschichte. Eine Politik, die sich auf grobe Gewalt und Verleugnung stützt, kann nicht immer währen. Selbst wenn verzweifelte Individuen und Gemeinschaften dies akzeptieren, wird es die Menschheit nicht akzeptieren. Die amtliche Politik der Türkei hat vor

allem der Türkei und den Bürgern der Türkischen Republik geschadet. Der Schaden, den die Türkei, die aufgrund ihrer Geographie über ungeheure kulturelle und wirtschaftliche Potentiale verfügt, durch die offizielle Politik erfahren hat, ist nicht zu beziffern. Die Türkei, deren Territorium einst die Wiege der Kulturen Nord-Mesopotamiens, Anatoliens, des Mittelmeeres und der Ägäis war, hat weder eine offene und demokratische Gesellschaft hervorgebracht, an der alle ihre Bewohner als Verfassungsbürger partizipieren, noch einen nennenswerten wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Fortschritt. Verletzt vom Trauma des Ersten Weltkrieges und einer offiziellen Ideologie, die der Wirklichkeit der Türkei nicht entspricht, verblieb sie im Status eines unbeweglichen und zurückgebliebenen Landes, das der Kraft entbehrt, Dynamik zu zeigen und energische Schritte zu gehen.

Die Türkei hat auf internationalem Parkett kein Gewicht. Und im Land selbst war sie nie eine dynamische Kraft, die Freundschaft, Achtung und den Dialog zu ihren Werten zählt. Aufgrund ihres geschichtlichen Argwohns hat sie nicht die Demokratie und die Freiheiten, sondern das autoritäre Regime verteidigt; sie hat nicht ihre Bürger, sondern den Staat gegen die Bürger verteidigt.

Nach 1984 wurde mit den Worten des ehemaligen Staatspräsidenten *Süleyman Demirel* die Türkei zum Ort des »umfassendsten Aufstandes in der Geschichte der Republik«. Dieser blutige Krieg, der nach amtlichen Angaben 30.000 Menschen das Leben kostete, zur Vertreibung von Millionen Bauern, zur Vernichtung Tausender Dörfer und Siedlungen führte und die Türkei an den Rand des ökonomischen Ruins brachte, ist seit zwei Jahren beendet.

Ich werde hier nicht auf das Ausmaß und die Details dieses sehr blutigen und grausamen Krieges eingehen, der 15 Jahre lang die Schlagzeilen der Türkei und der Weltpresse einnahm. Ein Punkt aber ist hervorzuheben, der auch in der Deklaration enthalten war: Dieser Krieg zeigte erneut, dass weder der Staat die Kurden gewaltsam assimilieren kann, noch die Kurden mit blutigen Aufständen die Türkische Republik besiegen können.

Was kann zukünftig getan werden? Die eingangs angesprochenen Erwartungen und Forderungen der Intellektuellen zum neuen Jahrhundert könnten die Grundlage für die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei sein. Ich wiederhole noch einmal: Die Gesellschaft in der Türkei sollte wie andere Gesellschaften der zivilisierten Welt eine zivile, demokratische und offene Gesellschaft werden, die die Gleichheit und Freiheit der Individuen und der gesellschaftlichen Gruppen anerkennt. Sie sollte zu einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat werden, der seine aggressive und ideologische Struktur ablegt und Individualrechte, religiöse und ethnische Gleichheit, eine auf der Verfassung beruhende Staatsbürgerschaft, die die Sprache, die Religion und die Identität des Individuums achtet sowie ein auf Harmonie und Partizipation beruhendes gesellschaftliches Leben, d.h. Demokratie schafft. Die Wohl-



fahrt und das Glück der Türkei liegen im Aufbau eines solchen demokratischen Lebens. Die Türkei muss sich in die zivilisierte westliche Welt, der sie sich zugewandt hat, integrieren und muss zu einem beispielhaften Land werden, indem sie die unverzichtbaren Kriterien von Demokratie, Menschenrechten, Gedankenfreiheit und der kulturellen Rechte der Minderheiten durch notwendige *Reformen* erfüllt. Die Türkei muss mit ihrem geschichtlichen und kulturellen Erbe Frieden schließen, sie muss ihre Bürger, die sie ausgegrenzt und verletzt hat, integrieren. Sie darf die ethnischen, geschichtlichen, kulturellen und religiösen Unterschiede nicht als Gefahr und Bedrohung ansehen, sondern muss sie als Quelle des Reichtums, der das Land entwickelt, ansehen. Alle Hindernisse bei der Ausübung der Meinungsfreiheit und der Menschenrechte müssen aufgehoben werden. Alle Gesetze und Verfügungen, die die Minderheiten dazu verurteilen, ein isoliertes Dasein zu führen, müssen aufgehoben werden. Die kurdische Identität muss offiziell anerkannt werden und durch Gesetze geschützt werden. Die Kurden müssen ihre demokratischen Rechte erlangen; es muss gewährleistet werden, dass sie in ihrer eigenen Sprache Unterricht erhalten können, dass sie mit ihrer kurdischen Identität und ihrem eigenem kulturellen Erbe leben und im gesellschaftlichen, politischen, kulturellen Leben, im öffentlichen Leben überhaupt, geachtet werden. All dies sind Forderungen, die leicht befürwortet werden können, deren Realisierung aber sehr schwer ist.

Die offizielle Ideologie, die Traditionen, die Staatsstruktur und die Gesetze der modernen Türkei sind nicht geeignet, die genannten Forderungen zu erfüllen. Und ganz abgesehen von ihrer Realisierung lassen es die jetzigen Verhältnisse nicht einmal zu, diese Forderungen zu diskutieren. Deshalb ist die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft groß. Die zivilisierte und demokratische internationale Staatengemeinschaft muss der Türkei helfen. Ich sage nicht, dass sie in der Türkei intervenieren sollte, aber sie muss reale und aktive Hilfe leisten, weil die Türkei aufgrund ihrer Spaltungs-Paranoia, die zu ihrer offiziellen Ideologie geworden ist, ihres zementierten bürokratischen Apparats und ihrer konservativen Gewohnheiten keinen Schritt in Richtung Demokratisierung geht.

Die Globalisierung hat eine Welt hervorgebracht, in welcher wir gegenseitig Verantwortung tragen. Wir alle sind verantwortlich, wenn in einem Land die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und dort keine Meinungsfreiheit existiert. Ebenso wie die Türkei trägt die zivilisierte internationale Staatengemeinschaft, die vielfältige Beziehungen zur Türkei pflegt, Verantwortung, wenn in der Türkei kein Schritt in Richtung Demokratisierung erfolgt, wenn in dem ›Paradies der Fernsehanstalten‹ die Kurden immer noch nicht über einen Fernsehkanal in ihrer eigenen Sprache verfügen, wenn Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle aufgrund ihrer Meinung in Gefängnissen

einsitzen, wenn Bücher beschlagnahmt werden und antidemokratische Willkür das Gesetz bildet, wenn Folter systematisch angewandt wird.

Insbesondere die USA und Deutschland stehen in der Verantwortung: Die Türkei ist ein militärischer und wirtschaftlicher Partner der internationalen Gemeinschaft, sie ist eine Festung der NATO in Richtung Asien und eine Wirtschaftsbrücke des Westens nach Kaukasien und Asien. Es ist ein großer Fehler der diesbezüglich schwerfällig und unwillig agierenden westlichen Welt, die in Wirtschaftsfragen immer unterstützte Türkei nicht zur Demokratisierung zu drängen und ihre Ausreden zu akzeptieren.

Das Bemühen der westlichen Welt, tolerant gegenüber der Türkei zu sein, was Fragen der Demokratisierung, der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit betrifft, und dieses mit den »historischen Besonderheiten der Türkei« zu erklären, ist unerträglich. Doppelzünftig ist es, wenn etwa die Bundesrepublik Deutschland einerseits der Türkei schwere Waffen verkauft und bei der Gründung von Waffenfabriken hilft, aber auf der anderen Seite die Demokratisierung der Türkei nicht ernsthaft unterstützt und – ganz im Sinne der türkischen Forderungen – die gesetzlichen und demokratischen Rechte der 700.000 Kurden in Deutschland nicht achtet. Wir sind in einem neuen Jahrhundert, es ist Zeit für einen Aufbruch. Die Türkei hat sich der westlichen Welt einen Schritt genähert und strebt die Vollmitgliedschaft in der EU an; die Gespräche zwischen EU und der Türkei haben begonnen. Der Krieg in der Türkei ist beendet, und die ganze Gesellschaft hofft auf Demokratisierung. Die Kurden haben immer wieder ihren guten Willen demonstriert und wollen mit ihrer Identität und ihren demokratischen Rechten ein untrennbarer Teil der Türkei sein. Die schweren, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Wunden, die der Krieg aufgerissen hat, verheilen langsam. Das sind Chancen, die in der Geschichte der Türkei einmalig sind. Diese Chance ist nicht nur von Bedeutung für die Türkei, sondern auch für die Kurden. In dieser Phase der historischen Chancen sollte die Türkei mit der aktiven Unterstützung der westlichen Welt und der EU notwendige Reformen und Erneuerungen durchführen, um eine demokratische, offene und zivile Gesellschaft zu schaffen.

Die westliche Welt, insbesondere die EU, sollte im Lichte der »Kopenhagener Kriterien« für Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Minderheitenrechte die Türkei beim Wandel aktiver unterstützen. Man muss sich bewusst sein: Es wäre die größte Bosheit gegenüber der Türkei, wenn sich die EU bezüglich der Türkei von diesen Kriterien verabschiedet oder Konzessionen macht und die Demokratie und die Menschenrechte verrät. Die EU sollte die Türkei mit offenen Armen empfangen, aber nicht dadurch Annäherung suchen, dass Europa zur Türkei wird, sondern dadurch, dass die Türkei sich europäisiert. Es wäre die größte Hilfe für die Türkei, wenn von der Türkei offen und konkret Forderungen bezüglich der Demokratie, der

Meinungsfreiheit, der Menschenrechte und der demokratischen Rechte der Kurden gestellt werden und ein Fahrplan vereinbart wird.

Ich möchte meine Rede schließen mit einem Wunsch, der die Kurden betrifft. Der neue Prozess und die Deeskalation stellen auch für die Kurden eine historische Chance dar. Auch die Kurden müssen, ebenso wie die Türkei, sich verändern und erneuern. Im Laufe der Geschichte wurden die Kurden fast zu Sklaven anti-demokratischer Gesinnung. Die Gewohnheiten der geschlossenen Gesellschaft, die sie fesselten, die Methoden, die den Kurden von den totalitären Regimes in der Region diktiert wurden, und die Manipulationen totalitärer Ideologien, wie in Ostdeutschland und Bulgarien, die den Kurden sehr geschadet haben, haben bei den Kurden die Entwicklung demokratischer Gesinnung, Bewegung und Lebensführung verhindert. Egal, was behauptet wird: Die Gesinnung und Gewohnheiten der Kurden als Ganzes sind fast anachronistisch. Es ist Zeit, dass die Kurden sich von diesen anti-demokratischen, primitiven und verrosteten Ketten befreien und eine zivile, soziale, kulturelle und politische Bewegung hervorbringen, die die Erneuerung und die Rechte des Individuums zur Grundlage erhebt.

Es ist notwendig, dass sich die Kurden, die in der Türkei Demokratie fordern, sich selbst demokratisieren. Es ist notwendig, dass die Kurden, die den Dialog anstreben, den zerstörerischen, weltfremd gewordenen Monolog beenden. Kurden, die Achtung ihrer Rechte fordern, müssen den demokratischen Dialog, die Toleranz und die Achtung des Andern zum Leitfaden erheben. Kurden, die die Meinungsfreiheit verteidigen und gegen die Zensur sind, dürfen selbst keine Zensur anwenden und müssen die Meinungsfreiheit des anderen Kurden achten. Nur mit solchen Veränderungen können die Kurden den blutigen Selbstlauf beenden und in der internationalen Gemeinschaft einen geachteten Platz einnehmen, ja, eine völlige Erneuerung, ein demokratisches Vorwärts in der Zusammenarbeit mit der zivilisierten Welt und der EU erreichen, an welchem Türken, Kurden, Deutsche – wir alle – teilhaben. Unser aller Zukunft liegt in der Demokratie als angemessener Herrschaftsform, in der wir gegenseitig unsere Existenz und unsere Meinung achten. Die Deklaration des vergangenen Jahres hatten wir mit der Forderung beendet: »Die Türkei muss im 21. Jahrhundert zu einem zivilisierten und demokratischen Land werden, welches die Menschenrechte und die kulturellen Identitäten achtet«. Am Ende meiner Rede möchte ich diesen Wunsch der sechzig Schriftsteller und Künstler aus aller Welt erneuern.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Wir danken Ömer Erzeren, Berlin, für die Übersetzung aus dem Kurdischen; Red.